



Audi

Der Gesamtbetriebsrat

kompetent solidarisch gestaltend

Der Gesamtbetriebsrat berichtet

Juni/08

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren!



Das Volkswagen-Gesetz, das 1960 in Deutschland erlassen wurde, ist bis heute ein wirksamer Schutz vor Standortverlagerungen und Werkschließungen für die Arbeitnehmer im Volkswagen Konzern.

Das Gesetz ist die Grundlage dafür, dass sich die Arbeitnehmervertreter und Gewerkschaften bei Volkswagen, Audi, Skoda, Seat, Lamborghini, Bugatti, Bentley, Volkswagen Nutzfahrzeuge und künftig auch Scania effektiv für den Erhalt von Arbeitsplätzen einsetzen können.

Ja zum VW-Gesetz!

Die Unterzeichner dieser Erklärung – Beschäftigte des VW Konzerns, ihre Familien und Bürgerinnen und Bürger Europas – fordern die Europäische Kommission und das Europäische Parlament auf:

1. Die EU soll Arbeitnehmerrechten und sozialen Aspekten endlich die gleiche Bedeutung beimessen wie den Interessen des Kapitals.
2. Deshalb müssen die folgenden Regelungen des VW-Gesetzes, wie von der Bundesregierung beschlossen, von der EU im Sinne der Arbeitnehmer des VW Konzerns und ihrer Familien erhalten bleiben:

- a. Die Errichtung und Verlegung von Produktionsstätten bedarf im Aufsichtsrat von Volkswagen einer Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder.
 - b. Wichtige Entscheidungen können auf Hauptversammlungen nur mit einer Mehrheit von 80-Prozent der abgegebenen Stimmen getroffen werden. Dies gilt insbesondere für den Abschluss eines Gewinnabführungs- und Beherrschungsvertrages. Europas größter Automobilhersteller darf nicht zum Spielball eines dominierungswilligen Großaktionärs werden.
3. Die Europäische Union muss umgehend faire Spielregeln für den europäischen Binnenmarkt schaffen. Ein erweitertes Mitspracherecht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schützt vor Standortverlagerungen, Arbeitsplatzvernichtung, Steuerverlusten und damit vor immensem Schaden für die Allgemeinheit. Regelungen, die wie das VW-Gesetz, die Erreichung eines solchen Zieles sicherstellen, ohne die Wirtschaft in ihrer Entwicklung zu hemmen, sind zu fördern und nicht zu bekämpfen.
 4. Die Beschäftigten von Volkswagen und Audi in Europa fordern gerade mit Blick auf die Europa-Wahlen im kommenden Jahr eine Korrektur des neoliberalen Kurses der EU-Kommission.

Verantwortlich: Peter Mosch, Gesamtbetriebsratsvorsitzender
Audi mynet: Startseite ► Betriebsrat

Peter Mosch
Gesamtbetriebsratsvorsitzender

Norbert Rank
Stv. Gesamtbetriebsratsvorsitzender

Jörg Schlagbauer
Vertrauenskörperleiter der IG Metall Audi Ingolstadt

Heinz Eyer
Vertrauenskörperleiter der IG Metall Audi Neckarsulm

Johann Horn
Erster Bevollmächtigter IG Metall Ingolstadt

Dr. Rudolf Luz
Erster Bevollmächtigter IG Metall Heilbronn-Neckarsulm

Ja zum VW-Gesetz!

| Name | Vorname | Adresse | Land | Unterschrift |
|------|---------|---------|------|--------------|
| 1. | | | | |
| 2. | | | | |
| 3. | | | | |
| 4. | | | | |
| 5. | | | | |
| 6. | | | | |
| 7. | | | | |
| 8. | | | | |
| 9. | | | | |
| 10. | | | | |
| 11. | | | | |
| 12. | | | | |
| 13. | | | | |
| 14. | | | | |
| 15. | | | | |

Bitte die Unterschriftenlisten bis spätestens Dienstag, 15. Juli 2008 bei den IG Metall Vertrauensleuten, den IG Metall Betriebsräten oder in den IG Metall Verwaltungsstellen Ingolstadt, Paradeplatz 9 oder Neckarsulm, Salinenstrasse 9 wieder zurückgeben.